

Gemeinderat von Zürich

09.02.05

Interpellation

von Susi Gut (SVP)
und Mauro Tuena (SVP)

Im Januar 2005 hat der Stadtpräsident ein Schreiben an junge Ausländer verschickt, in welchem er für eine mögliche erleichterte Einbürgerung geworben hat. Zitat aus dem Schreiben: „Ab sofort bis Ende März 2006 profitieren Sie von einer reduzierten Gebühr und einer verkürzten Verfahrensdauer!“ Dieses Schreiben wurde an unzählige Ausländer verschickt, ungeachtet des jeweiligen Ausweisstatus (F-, B- oder C-Ausweis) und ungeachtet der Tatsache, dass bei gewissen Adressaten die Einbürgerungskriterien offensichtlich nicht erfüllt sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Schreiben wurden an wen verschickt? Die Interpellanten bitten um eine Unterteilung nach den Kategorien F-, B und C-Ausweis.
2. Wie viel hat die ganze Aktion gekostet?
3. Warum verschickt der Stadtrat die Aufforderung zur Einbürgerung auch an Personen, die die geltenden Einbürgerungsrichtlinien nicht erfüllen, da z.B. Direktzahlungen durch das Sozialdepartement getätigt werden?
4. Hält sich der Stadtrat bei den Einbürgerungen in eigener Kompetenz an die geltenden Einbürgerungsrichtlinien?
5. Wie viele Gesuche wurden bei den erleichterten Einbürgerungen für Jugendliche durch den Stadtrat abgelehnt, da die geltenden Einbürgerungsrichtlinien nicht erfüllt waren?
6. Warum verschleudert der Stadtrat das Schweizer Bürgerrecht zu Sonderkonditionen?

